



StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB)

Vorstand

Lerchenweg 32 Telefon 031 631 54 11 E-Mail vorstand@sub.unibe.ch
CH-3000 Bern 9 Telefax 031 631 35 50 <http://www.sub.unibe.ch>

SUB bedauert Ablehnung der Stipendieninitiative, Gegenvorschlag (nur) ein kleiner Schritt in die richtige Richtung

Gestern Nachmittag hat der Nationalrat entschieden, die Stipendieninitiative des VSS zur Ablehnung zu empfehlen. Die SUB bedauert diesen Entscheid: Die grosse Kammer verpasst damit eine Gelegenheit, die Chancengleichheit und den Bildungsstandort Schweiz zu stärken. Ein Lichtblick ist immerhin die Annahme der Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes als indirekten Gegenvorschlag. Die SUB ist jedoch zweifellos überzeugt, dass dies bei Weitem nicht ausreicht, um die Probleme des gegenwärtigen schweizerischen Stipendienwesens zu lösen.

Die StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB) ist enttäuscht über den Entscheid des Nationalrates, die Stipendieninitiative des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS) zur Ablehnung zu empfehlen. Im Bereich des Stipendienwesens bestehen grosse kantonale Unterschiede. Ob eine ausbildungswillige junge Person die Chance, eine Ausbildung zu absolvieren erhält oder nicht, kann so davon abhängig sein, wo sie wohnt. Seit Jahren stagnieren die Stipendieninvestitionen von Bund und Kantonen (oder sie sinken gar), obwohl immer mehr junge Menschen ein Studium oder eine höhere Berufsbildung anstreben. Damit steht immer weniger Geld pro Auszubildende/Auszubildender zur Verfügung.

Diesen Missständen möchte die Stipendieninitiative abhelfen. Sie verlangt eine nationale Vereinheitlichung des Stipendienwesens, damit alle Auszubildenden, welche ein Stipendium benötigen, dies in ausreichender Höhe bekommen.

Mit dem heutigen Entscheid hat der Nationalrat eine Gelegenheit verpasst, die Chancengleichheit und den Bildungsstandort Schweiz zu stärken.

Als erster Schritt in die richtige Richtung stimmte der Nationalrat allerdings der Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes als indirekten Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative zu. Positiv wertet die SUB auch die Absichtserklärung, die Bundesbeiträge an die kantonalen Ausbildungsbeihilfen zu erhöhen. Mit diesen zwei Beschlüssen anerkennt eine Mehrheit der grossen Kammer im Grundsatz, dass bezüglich Stipendien Handlungsbedarf besteht.

Freilich ist die Gesetzesrevision bei Weitem nicht genügend. Sie beschränkt sich weitgehend auf die formellen Beitragsvoraussetzung, materiell ist einzig die minimale Höhe eines Maximalstipendiums vorgeschrieben, beispielsweise aber nicht, wann man ein solches erhält.

Für die SUB steht ausser Frage, dass die heute beschlossene Revision die eingangs erwähnten Probleme nicht lösen kann. In diesem Sinne bedauern wir auch die Ablehnung mehrerer Anträge, welche das Ausbildungsbeitragsgesetz griffiger machen wollten.

Die SUB hofft, dass der Ständerat den Anliegen der Studierenden und anderen Auszubildenden stärker entgegen kommt. Daneben freuen wir uns darauf, uns im Abstimmungskampf zur Stipendieninitiative für die Chancengleichheit und die Stärkung des schweizerischen Bildungswesens einzusetzen.

Für weitere Auskünfte stehe euch gerne zur Verfügung

- Julian Marbach, Vorstandsmitglied SUB, Ressort Hochschulpolitik und Rechtliches
079 537 08 86, julian.marbach@sub.unibe.ch
- Fabiane Reber, Vorstandsmitglied SUB, Ressort Hochschulpolitik
079 781 70 83

